

**Geschäftsführung
Ausschuss für Verkehr**

Es informiert Sie	Runa Freiter
Telefon (0202)	563 - 4159
Fax (0202)	563 - 8050
E-Mail	verkehrsausschuss@stadt.wuppertal.de
Datum	24.10.07

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Verkehr (SI/5573/07) am 17.10.2007

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Dirk Jaschinsky ,

von der CDU-Fraktion

Herr Christoph Brüssermann , Herr Karl-Heinz Huthwelker , Herr Dirk Newig , Frau Andrea Winterhager ,

von der SPD-Fraktion

Herr Volker Dittgen , Herr Guido Gehrenbeck , Herr Arif Izgi ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Anja Liebert ,

von der FDP-Fraktion

Herr Heinz Jonas ,

von der WfW-Fraktion

Herr Gerhard P. Hirsch ,

berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW

Herr Peter Helbig ,

als sachkundige Einwohner/in

Herr Ralf Engel , Herr Dr. Ing. Peter Hoffmann , Herr Gunter Kraft , Herr Lorenz Walther , Herr Thomas Wängler ,

von der Verwaltung

Herr Reinhard Behr , Herr Johannes Blöser , Herr Dirk Kronenberg , Frau Hannelore Reichl , Herr Uwe Seidel , Herr Thomas Uebrick , Herr Vorsich , Herr Kohlhas

Schriftführerin

Frau Runa Freiter

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:10 Uhr

Zur Tagesordnung

Frau Liebert bittet um generelle Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Verschiedenes“.
Herr Dittgen merkt an, dass dazu eine vorherige Anmeldung der Themen sinnvoll sei.

Der Ausschuss ist mit einer Erweiterung der Tagesordnung einverstanden.

I. Öffentlicher Teil

1 Bestellung einer neuen Schriftführerin

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 17.10.2007:

Frau Freiter wird als neue Schriftführerin für den Ausschuss für Verkehr bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

2 Mobile Geschwindigkeitsüberwachung - mdl. Berichterstattung -

Herr Vorsich verteilt die aktuelle Statistik zur mobilen Geschwindigkeitsüberwachung und gibt dazu einen Sachstandsbericht ab. Er erläutert die Zielsetzung der Verwaltung, dass die Messungen nicht mehr nach Unfallschwerpunkten erfolgen, sondern ein Flächendruck durch generelle Überwachung mit mobilen Messeinrichtungen erzeugt werden soll. Außerdem stellt er fest, dass die Meldung von Radio Wuppertal über gestiegene Unfallzahlen im Wuppertaler Stadtgebiet nicht im Zusammenhang mit Unfällen aufgrund überhöhter Geschwindigkeit steht. Er verweist dabei auf die Statistik, die dem Jahresverkehrsbericht der Polizei entnommen wurde, wonach ein deutlicher Rückgang der Unfälle mit der Unfallursache „überhöhte Geschwindigkeit“ erfolgt sei.

Frau Winterhager berichtet anhand von Beispielen aus eigener Fahrpraxis, dass die Messwagen nicht an Unfallschwerpunkten und Schulen, sondern an Hauptausfallstraßen stehen und erwartet, dass eine engere Anbindung an die Unfallkommission vorgenommen wird.

Herr Huthwelker sieht die Fragen aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Verkehr im Wesentlichen als beantwortet an, weist jedoch auf die von ihm im Mai gestellte Frage hin, dass die im Bericht der Unfallkommission aufgeführten Schwerpunktmessungen nicht mit den Unfallschwerpunkten übereinstimmen. Auch Herr Kraft von der Polizei hätte damals die Unfallschwerpunkte als maßgebend angesehen. Er bittet um Erläuterung der Häufigkeit der Messung in Bezug auf die Unfallschwerpunkte. Außerdem wünscht er eine Erklärung zu abweichenden Zahlen der vorliegenden Statistiken.

Herr Vorsich bestätigt, dass die Unfallzahlen nicht mit den Einsatzstellen der städtischen Messfahrzeuge abgeglichen werden und weist nochmals auf die Zielsetzung der Erzeugung eines Flächendrucks hin. Er erklärt den neu zugrunde gelegten Zeitraum der ausgelegten Statistik und die daraus resultierenden Abweichungen.

Herr Huthwelker bittet konkret bezogen auf Messstellen an der B7 um Beantwortung der Frage, warum dort gemessen wird.

Herr Vorsich stellt fest, dass die B7 die meist befahrene Strasse Wuppertals sei und sich daher das Hauptaugenmerk darauf richte.

Herr Dittgen bittet um Auskunft, ob die Rotlichtüberwachungen an den Kreuzungen intakt sind.

Herr Vorsich sieht keine Probleme und erläutert, dass sich z. Zt. 16 Standorte in der Rotlichtüberwachung befinden und Reparaturen kurzfristig erledigt werden. In der Unfallkommission sei beschlossen worden, dass die Rotlichtüberwachung um 10 Standorte ausgeweitet werden soll. In der nächsten Sitzung will er diese benennen. Derzeit verfüge die Stadt über 8 Rotlichtkameras, die auch eingesetzt werden.

Frau Liebert bittet um Beantwortung der Frage, ob eine Ausweitung der Messungen in Tempo 30 Zonen vorgesehen ist. Außerdem merkt sie an, dass der Standort Ronsdorfer Strasse wegen der Einsichtigkeit der Messstelle keine hohe Priorität besitzt.

Herr Vorsich teilt dazu mit, dass die Zielsetzung der Verwaltung die Abdeckung schutzwürdiger Zonen wie z.B. Schulen, Kindergärten und Spielplätze sei. Bezüglich des Messpunktes Ronsdorfer Strasse legt er dar, dass dieser weiterhin angefahren werden soll, vorzugsweise in den Abendstunden.

Herr Huthwelker bittet um Mitteilung, in welchen Abständen der Ausschuss für Verkehr die Statistik mit den entsprechenden Informationen erhalten wird.

Herr Jaschinsky beauftragt nach kurzen Wortbeiträgen die Verwaltung, halbjährlich einen schriftlichen Sachstandsbericht vorzulegen und dankt Herrn Vorsich für seine Ausführungen.

Die Ausführungen von Herrn Vorsich werden entgegen genommen.
Der Ausschuss bittet die Verwaltung um halbjährliche Vorlage der aktuellen Zahlen.

3

Gesamtkonzept Baustellenmanagement
Große Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.08.2007
Vorlage: VO/0739/07

Herr Jaschinsky stellt fest, dass die Anfrage in der nächsten Sitzung von der Verwaltung beantwortet werden soll. Dadurch, dass in der WZ vom heutigen Tage kurz über die bevorstehenden Baumaßnahmen berichtet wurde, erteilt er Herrn Wängler von der IHK das Wort.

Herr Wängler berichtet, dass ihm seit der letzten Sitzung des AK Verkehr ein Plan über die Baumaßnahmen 2008 in zentraler Lage Wuppertal Elberfeld vorliegt. Aus dem darin enthaltenen Zeitenplan ließe sich eine extreme Ballung von Baumaßnahmen entnehmen, was zur starken Belastung der Unternehmen in der Innenstadt wie auch der Bevölkerung führe. Trotz des Umfanges sei das Konzept sinnvoll, so dass dem zugestimmt würde, jedoch sei mit den Baustellenkoordinatoren ausgemacht, dass die Unternehmen rechtzeitig informiert würden. Er sei deshalb davon ausgegangen, dass in der heutigen Sitzung dieses Konzept vorgestellt wird. Durch die Verschiebung auf die nächste Sitzung sieht er im Hinblick auf den Baubeginn Januar 2008 Informationsveranstaltungen kurz vor Weihnachten als zu spät an.

Außerdem ist für ihn im Kontext der Arbeiten an der Brücke Südstrasse und den geplanten Baumaßnahmen Robert-Daum-Platz/ Tannenbergstasse unvorstellbar, wie zeitgleich an den Brücken Ohligsmühle und Brausenwerth Baustellen eingerichtet werden können.

Auch im Hinblick auf den geplanten NRW-Tag, zu dem zahlreiche Besucher erwartet werden, sieht er Probleme, dass die nach der Konzeption vorgesehene

Abarbeitung der meisten Baustellen bis dahin nicht erfolgt sei. Außerdem befürchtet er ein Verkehrschaos, zumindest zu den Stosszeiten, von dem Händler wie auch Pendler betroffen werden.

Er richtet deshalb seine ausdrückliche Bitte an die Verwaltung, jetzt schon Stellung zu nehmen und bittet zu gewährleisten, dass die Brücke Brausenwerth nicht gleichzeitig mit der Brücke Ohligsmühle zur Baustelle wird. Darüber wäre bereits Einvernehmen mit der Verwaltung, dem Baustellenkoordinator erzielt worden. Er befürchtet, dass dieses jetzt nicht mehr gilt und bittet dazu um Antwort.

Herr Uebrick erklärt, dass die Verwaltung die Anfrage in dieser Sitzung nicht beantworten kann, da noch verwaltungsinterner Abstimmungsbedarf besteht. Er verstehe die vorgetragenen Sorgen und biete um Vertrauen in die Arbeit des Baustellenkoordinators, Herrn Kronenberg, der auf diese Problematik besonders eingehen würde, damit es nicht zu einer unerträglichen Verkehrssituation kommen wird. Er sichert größte Sorgfalt bei der Koordination der Maßnahmen zu, um zu viele Überschneidungen zu vermeiden.

Die Details müssen noch geklärt werden, werden aber zur nächsten Sitzung vorgelegt. Außerdem weist er darauf hin, dass das vorgebrachte Einvernehmen ein vorläufiges, zum Entwurf stehendes Einvernehmen gewesen sei, dass noch der internen Abklärung bedurfte. Der seinerzeitige Entwurf sei nur eine Lösungsmöglichkeit gewesen, es gäbe eventuell auch andere Ansätze, die die Verwaltung in der nächsten Sitzung präsentieren würde.

Frau Reichl bestätigt die Inhalte der letzten Sitzung des Arbeitskreises und erläutert die Arbeitsintensität, mit der die Verwaltung die Detailplanung der vielen Baumaßnahmen angeht. Über die Fortschritte würde im nächsten Arbeitskreis berichtet. Sie stellt fest, dass die Verwaltung die bautechnischen und verkehrlichen Rahmenbedingungen auch unter Berücksichtigung des NRW-Tages parallel durchdenken und vernünftig koordinieren wird. Sie gibt zu bedenken, dass auch mit Unwägsamkeiten, z. B. bei Brückenbauwerken, gerechnet werden muss.

Herr Engel bittet um konkreten Termin, wann das Konzept vorgestellt wird.

Herr Uebrick bestimmt dafür die nächste Sitzung am 28.11.2007.

Herr Engel erachtet dies als zu spät.

Herr Jaschinsky erwartet, dass der Ausschuss damit zufrieden sein kann.

Herr Uebrick ergänzt, dass bei der Vorstellung des Konzeptes für die Maßnahmen, die zeitnah beginnen werden, direkt die entsprechenden Durchführungsbeschlüsse vorgelegt werden.

Frau Liebert bittet das Konzept gleich der BV Elberfeld mit vorzustellen.

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 17.10.2007:

Die Anfrage der CDU-Fraktion wird in der nächsten Sitzung von der Verwaltung beantwortet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Herr Jaschinsky unterrichtet den Ausschuss, dass er Frau Liebert eine Mitteilung der Verwaltung hat zukommen lassen und davon ausgeht, dass der Antrag damit erledigt ist.

Frau Liebert widerspricht und begründet, dass der NKF-Haushalt etwas völlig Neues sei und möchte für den jeweiligen Fachbereich erläutern, welche Unterschiede zum bisherigen System bestehen. Da sie die Aufgabe des Rates nicht in der inhaltlichen Prüfung der Systematik sieht, sondern die Ausschüsse dafür als verantwortlich erachtet, erwartet sie, dass dort die Möglichkeit der Information geboten wird, z. B. zur Frage ob es neue Etats gibt, bzw. wie sich Positionen zusammensetzen und verteilt werden. Sie bittet um kleinschrittige, inhaltliche Auseinandersetzung.

Herr Dittgen erinnert an die diversen Angebote, die Stadtverordnete gehabt hätten, sich mit diesem Punkt zu beschäftigen und nimmt an, dass Frau Liebert diese zur Information genutzt hat. Außerdem verweist er auf ein Schreiben von Herrn Dr. Slawig, wonach jeder Ausschuss seine Bezugsgruppen noch genau erhalten wird.

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 17.10.2007:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei zwei Stimmenthaltungen der WfW und der FDP und einer Gegenstimme BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

5

Ausbau der L 419

Große Anfrage der SPD-Fraktion vom 15.08.2007

Vorlage: VO/0709/07

Herr Jaschinsky fasst die Tagesordnungspunkte 5 und 6 zum Ausbau der L 419 zusammen.

Herr Huthwelker ist mit der Antwort der Verwaltung einverstanden, bittet jedoch zu erläutern, warum der Baubeginn erst 2011 stattfinden soll.

Herr Uebrick erinnert daran, dass der Beginn des 4-spurigen Ausbaus ursprünglich seitens des Landes bis 2015 geplant gewesen sei. Dies schon eine deutliche Beschleunigung. Aufgrund der kritischen verkehrlichen Situation begrüßt er den vorzeitigen Beginn des Ausbaus.

Die Antwort der Verwaltung wird entgegen genommen.

6

Antwort der Verwaltung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion vom

15.08.2007 zum Ausbau der L419

Vorlage: VO/0709/07/1-A

Die Antwort der Verwaltung wird entgegen genommen, s. TOP 5

7 **Querungshilfe Schwelmer Straße**
Vorlage: VO/0780/07

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 17.10.2007:

Der Ausschuss für Verkehr beschließt die bauliche Herstellung der Querungshilfe Schwelmer Straße mit Kosten in Höhe von 8.000,- €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

8 **Schulwegsicherung - Fußgängerüberwege im Kreisverkehr Schmiedestraße / Mollenkotten**
Vorlage: VO/0779/07

Herr Jonas trägt vor, dass die Bezirksvertretung Oberbarmen die Vorlage bereits zustimmend zur Kenntnis genommen hat.

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 17.10.2007:

Im Kreisverkehr Schmiedestraße / Mollenkotten werden an den Querungshilfen Fußgängerüberwege („Zebrastrreifen“) angelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

9 **Robert-Daum-Platz - Schließung der Tunnel und Anlegung von Fußgängerüberwegen**
Vorlage: VO/0437/07

Herr Walther berichtet, dass er einen Hinweis der Bezirksvertretung Elberfeld erhalten hätte, dass ein westlicher Fußgängerüberweg in Höhe der Eisdielen gewünscht würde.

Herr Uebrick versichert, dass die Verwaltung den Wunsch der Bezirksvertretung geprüft hat. Es gibt dazu ein Antwortschreiben an die Bezirksvertretung. Er erläutert jedoch kurz, dass die Querungshilfe aus finanziellen wie auch aus verkehrlichen Gründen nicht eingerichtet werden kann. Eine weitere Querung würde Probleme bei der Abwicklung des Autoverkehrs mit sich bringen.

Herr Jaschinsky begrüßt sehr, dass die Maßnahme umgesetzt wird und dankt der Verwaltung.

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 17.10.2007:

Die Durchführung der Arbeiten zur Schaffung behindertengerechter signalisierter Fußgängerüberwege im Bereich des Robert-Daum-Platzes einschließlich

Verfüllen bzw. Schließen der vorhandenen Fußgängerunterführungen wird zu Gesamtkosten in Höhe von 748.500,00 € beschlossen.

Hauptausschuss und Rat wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

Im Teilergebnisplan 2007 wird für die Produktgruppe 5401 „Öffentliche Verkehrsflächen“ einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 148.500 € zugestimmt.

Zur Deckung der über den vorhandenen Haushaltsansatz hinausgehenden Kosten werden bei dieser Produktgruppe 148.500,00 € von den Mitteln für das Projekt 5.200003 „Gewerbeerschließung Kleine Höhe“ gesperrt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

10 Abwicklung der Baumaßnahme Robert-Daum-Platz/ Tannenbergstraße - mdl. Berichterstattung -

Herr Kronenberg erläutert anhand eines Planes, der auch als Tischvorlage vorliegt, welche Maßnahmen vorgesehen sind und wie sie koordiniert werden. Begonnen werden soll im Januar 2008 mit dem Entlastungssammler Wupper. Die Tannenbergstraße soll vom Robert-Daum-Platz in Richtung Steinbeck bis zur Arrenberger Strasse Einbahnstrasse werden. Der talwärts fließende Verkehr soll über die Alsenstrasse abgewickelt werden. Dafür wird die Einmündung auf die B7 zweispurig nach links geführt. Daran anschließen werden sich die Maßnahmen zur Brückensanierung und Arbeiten der WSW an Versorgungsleitungen, die ca. sechs Monate in Anspruch nehmen. Danach werden die Umbauarbeiten am Robert-Daum-Platz durchgeführt werden. Voraussichtlich ab der 30. KW wird die Tannenbergstrasse bis zum Kreisverkehr Steinbeck wegen der Erneuerung der Fahrbahndecke zur Einbahnstrasse.

Ziel sei der Abschluss der Arbeiten bis zum NRW-Tag am 28.08.2008.

Herr Dittgen bittet um Angabe einer Zeitschiene.

Frau Reichl kann erst nach den Ausschreibungen Näheres dazu sagen. Die Festlegung der groben Zeiträume sei geschehen und die Verwaltung bemühe sich um Fertigstellung bis zum NRW-Tag.

Herr Engel fragt nach, ob die Maßnahme den Anliegern der Tannenbergstrasse und der Steinbecker Meile, insbesondere den Gewerbetreibenden vorgestellt worden sei.

Herr Jaschinsky bestätigt, dass geschehen sei.

Herr Huthwelker bittet Frau Reichl im Ausschuss regelmäßig über den Sachstand zu berichten.

Herr Jaschinsky dankt Herrn Kronenberg für seine Ausführungen.

Die Ausführungen der Verwaltung werden entgegen genommen.

**11 Ertüchtigungsmaßnahmen an den Verkehrsknoten Staubenthaler Straße und Zur Wolfskuhle im Zuge der L 419
Vorlage: VO/0781/07**

Herr Jaschinsky informiert, dass die Bezirksvertretung Ronsdorf die Vorlage abgelehnt hat. Bereits am 31.05.2006 hätte der Ausschuss einer ähnlichen Vorlage zugestimmt.

Herr Uebrick erläutert die erneute Vorlage vor dem Hintergrund, dass der Landesbetrieb die L 419 deutlich früher 4-spurig ausbauen will und deswegen die ursprüngliche Planung für die verkürzte Übergangszeit finanziell nicht mehr vertretbar ist. Gleichwohl ist der in der Vorlage aufgeführte Ausbau zwingend zur Lösung der schwierigen Verkehrssituation erforderlich. Auch muss das zukünftig geplante Gewerbegebiet auf der Fläche der GOH Kaserne schon in der Herstellungsphase für den Bauverkehr angedient werden.

Dagegen wird aus Kostengründen der 2-spurige Ausbau ab dem Kreisellichtscheid in Richtung Blombach nicht mehr durchgeführt. Unter Hinweis auf die gescheiterte Petition im Landtag hofft Herr Uebrick, dass die Bürger mit dieser Übergangslösung bis zum geplanten Baubeginn 2011 zufrieden sind, auch wenn die direkte Andienung der Staubenthaler Strasse aus Richtung Blombach so lange nicht möglich sein wird.

Herr Dittgen fragt nach ausreichender Beschilderung der Verkehrsführung.

Herr Uebrick bestätigt, dass dies nicht explizit der Vorlage zu entnehmen ist, aber selbstverständlich eine entsprechende Beschilderung vorgenommen wird.

Herr Jonas fragt nach, ob der Bezirksvertretung Ronsdorf die Planungen in dieser Ausführlichkeit schon vor der Abstimmung zur Kenntnis gegeben wurden.

Herr Uebrick bejaht diese Frage.

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 17.10.2007:

1. Der Ausschuss für Verkehr stimmt Verkehrsführungsänderungen zur Ertüchtigung der Knoten Staubenthaler Straße mit zweispuriger Geradeausführung aus Richtung Blombach unter Verzicht auf die Linksabbiegespur in die Staubenthaler Straße zu.
2. Der Ausschuss für Verkehr stimmt der vierspurigen Fahrspuraufteilung auf der Parkstraße zwischen Zur Wolfskuhle und ehemaliger Kasernenzufahrt und der Erweiterung der Signalanlage im Zuge der L 419 / Parkstraße zu.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit bei einer Gegenstimme BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**12 Errichtung eines Fahrradschutzstreifens (Angebotsstreifen) entlang der Schwelmer Straße
Vorlage: VO/0443/07**

Der Bericht wird entgegen genommen.

**13 Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie
Veröffentlichung der strategischen Lärmkarten sowie Beginn der Lärm-Aktionsplanung
Vorlage: VO/0767/07**

Herr Huthwelker hinterfragt die Verlässlichkeit der ermittelten Zahlen anhand der Strasse Steinweg und bittet um Erklärung, wie diese Zahlen ermittelt wurden.

Herr Kohlhas schildert, dass die der Lärmberechnung zugrunde liegenden Verkehrszahlen aus dem Verkehrsmodell stammen, insofern also Modellzahlen sind, die aber verlässlich seien.

Herr Widmann ergänzt, dass das Verkehrsmodell, welches seit einigen Monaten in Betrieb ist, noch nachsteuerungsbedürftig sei. Das gesamte Stadtgebiet zu erfassen sei sehr arbeitsaufwendig, so dass noch Zeit zur weiteren Bearbeitung benötigt wird. Tendenziell sei es jedoch korrekt.

Herr Dittgen bemängelt, dass keine Aussage zur Lärmverursachung durch Züge getroffen wird.

Herr Kohlhas trägt vor, dass die Stadt Wuppertal zwar federführende Behörde ist, jedoch auf die Zuarbeit des Eisenbahnbundesamtes angewiesen sei. Diese Behörde berechnet für die ganze Republik den Lärm aufgrund von Eisenbahnverkehr und hätte bislang diese Zahlen nicht geliefert. Er berichtet, dass vorige Woche die Amtsleiter der Fachkommission Umweltschutz des Deutschen Städtetages hier zu Besuch waren und von keiner Stadt bisher Eisenbahnlärm angegeben worden sei. Dies wäre sehr bedauerlich, aber z. Zt. nicht zu ändern.

Frau Liebert befürchtet, dass es ähnlich wie bei der Feinstaubdebatte nie zu konkreten Maßnahmen kommen würde und hinterfragt den Zeitplan, dass Mitte 2008 konkrete Ideen vorgetragen werden sollen, obwohl neben fehlenden Verwaltungsvorschriften noch Vieles unklar sei. Sie bezieht sich auf die in der Vorlage erwähnten administrativen und verkehrslenkenden Maßnahmen und sieht analog der Umsetzung der Maßnahmen gegen die Feinstaubbelastung eine zähe Umsetzung und ein spätes Greifen der Maßnahmen. Außerdem bittet sie im Ausschuss über Erfahrungen in anderen Städten zu berichten.

Herr Jaschinsky nimmt an, dass Anfang 2008 zu diesem Thema Näheres in Erfahrung zu bringen sei.

Herr Kohlhas erläutert, dass das Konzept Lärm-Aktionsplanung noch nicht vorliegt. Die Arbeitsgruppe trifft sich im November zur Besprechung des Leistungsspektrums. Danach werden Büros aufgefordert Ideen zu entwickeln, welche Maßnahmen im Rahmen einer Aktionsplanung möglich seien. Diese Ideen werden dann den politischen Gremien vorgestellt. Nach den EU-Richtlinien ist die Interaktion mit den verantwortlichen Politikern ebenso vorgesehen wie die Beteiligung der Bevölkerung. Es sollen auch Bürgerforen eingerichtet werden. Unter www.norderstedt.de kann in Erfahrung gebracht werden, wie so etwas aussehen kann. Norderstedt ist Pilotstadt im Rahmen der Lärm-Aktionsplanung. Zu den Maßnahmen stellt Herr Kohlhas fest, dass eine wirksame Lärminderung im Wesentlichen durch investive Maßnahmen erreicht werden kann, die dann mittel- bis langfristig wirken. Im Raum stünde eine Forderung gegenüber dem Bund über zunächst 2 Mrd. Euro für die Lärmsanierung im Bundesgebiet, aus der diese Maßnahmen finanziert werden sollen. Wenn dieses Geld nicht kommt, kann die Stadt lediglich administrative Maßnahmen ergreifen.

Herr Gehrenbeck bittet um Auskunft, ob die Zahl der Fahrten der Wuppertaler Schwebebahn korrekt ist (siehe Bericht über die Lärmkartierung der Stadt Wuppertal, S.4).

Herr Kohlhas berichtigt, dass es sich bei der angegebenen Zahl um die werktäglichen Fahrten handelt, umgerechnet auf ein Jahr ca. 120.000 Fahrten

stattfinden.

Die Ergebnisse der strategischen Lärmkartierung werden ohne Beschluss entgegen genommen.

14 Umbenennung des nördlichen Teilstücks der Paul-Löbe-Straße
Vorlage: VO/0787/07

Der Ausschuss für Verkehr nimmt die Umbenennung des nördlichen Teilstücks der Paul-Löbe-Straße zwischen der Straße Am Deckershäuschen und dem Gebäude Paul-Löbe-Straße 51 in Uellendahl entgegen.

15 Umbenennung eines Teils des Viktoriaplatzes
Vorlage: VO/0581/07

Der Ausschuss für Verkehr nimmt die Umbenennung des nördlichen Teils des Viktoriaplatzes in Paul – Alsberg – Platz entgegen.

Das Zusatzschild erhält folgenden Text:
„Prof. Dr. Paul Alsberg (1919 – 2006)
langjähriger Direktor des israelischen Staatsarchivs“

16 Verschiedenes

Frau Liebert bezieht sich auf das im Mai 2007 beschlossene Park- bzw. Fußgängerleitsystem des Von-der-Heydt-Museums und legt einen Flyer des Museums zur Renoirausstellung vor, in dem ein anderes Parkhaus empfohlen wird. Sie sieht dadurch die beschlossene Maßnahme als konterkariert an.

Herr Widmann teilt dazu mit, dass die Wuppertaler Zeitung den beschlossenen Plan in einer der nächsten Ausgaben abdrucken wird. Darin wird der Parkplatz Ohligsmühle, der demnächst Von-der-Heydt-Parkplatz heißen wird, als Hauptparkplatz dargestellt.